



Beschlussvorlage

Vorlagennummer

146/19

Status: öffentlich

**Brücke "Am Adler" in Langenschiltach
Beschluss über die Mehrkosten aufgrund PAK belastetem
Aushubmaterial**

Amt/Az.: Bauamt /	Erstellungsdatum: <u>12.11.2019</u>
-------------------	-------------------------------------

Beratungsfolge:	
Datum der Sitzung	Gremium
27.11.2019	Gemeinderat

Beschlussvorschlag:

- a) Den Mehrkosten aufgrund des belasteten Aushubmaterials wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt das 1. Nachtragsangebot in Höhe von brutto 7.233,53 € sowie das 2. Nachtragsangebot in Höhe von brutto 19.625,48 zu beauftragen.
- b) Einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 12.733,80 € wird zugestimmt.

.....
Michael Rieger
Bürgermeister

Sachverhalt:

I. Sachverhalt

Zur Erstellung eines Abbruchangebots der Brücke wurde eine orientierende Voruntersuchung mittels 3 Rammsondierungen in der Straßenoberfläche bis in eine Tiefe von 1,2 m vorgenommen. Der Verdacht auf PAK haltige Inhaltsstoffe wurde dadurch bestätigt.

II. Das Problem

Die orientierende Voruntersuchung wurde auf evtl. geeigneten Deponien zur Entsorgung nicht akzeptiert und eine komplette Vorbeprobung des anfallenden Aushubs ist im Voraus nicht möglich.

III. Problemlösung

Der sicher PAK haltige Straßenbelag wurde vor Abbruch der Brücke in geschlossene Container separat gelagert um eine geeignete Entsorgungsstelle zu finden. Entsprechend dem Belastungsgrad stellte sich heraus, dass einzig die Fa. Kaspar in der Lage ist PAK haltige Abfälle mit beliebig hohem PAK Gehalt anzunehmen und zu Entsorgen. Für die Entsorgung des Anfallenden Aushubs unter und um die Brücke musste der Aushub zu Nachanalyse (8 Proben aus dem gelagerten Haufwerk) auf dem Festplatz in Langenschiltach zwischengelagert werden. Entsprechend dem dann vorliegenden Analyseergebnis erstellte die Fa. BERB GmbH & Co.KG ein Nachtragsangebot zur Entsorgung des gelagerten Aushubs. Für die Entsorgung kommen lediglich 3 geeignete Deponien in Frage. 1. Deponie Seewald bei Freudenstadt; 2. Deponie Calw; 3. Deponie Horb. Aufgrund der hohen Einheitspreise für die Entsorgung wurden die Kalkulationsblätter des Angebots angefordert und geprüft. Die darin zum Ansatz eingesetzten Deponiekosten ebenso wie die Fracht-, Geräte- und Lohnkosten stimmen mit der Ursprünglich angesetzten Kalkulation überein und sind nicht überhöht.

Im Haushalt sind für die Maßnahme 30.000 € eingestellt. Die Gesamtsumme der Maßnahme beläuft sich auf ca. 42.733,80 €. Um die beiden Nachträge beauftragen zu können, wird ein Beschluss für die überplanmäßige Ausgabe von 12.733,80 € notwendig.